

MIT IN DEN MEDIEN

PRESSESPIEGEL

25. JULI 2022

INHALTSVERZEICHNIS

Print-Artikel	Seite 2
Social-Media-Auswertung	Seite 13

Der Pressespiegel der Bundesgeschäftsstelle der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) dient ausschließlich der internen Information. Ein Ausdruck ist nur für den eigenen Gebrauch gestattet. Jegliche darüber hinausgehende Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe stellt einen Verstoß gegen § 106 UrhG (Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte) dar. Die elektronische Fassung dieses Pressespiegels ist nach Ablauf von vier Wochen zu löschen.

Hinweis: Der Pressespiegel erscheint seit dem 24. Januar 2022 ergänzt um eine Social-Media-Auswertung. Auf einige bisherige Funktionen wie Markierungen und Verlinkungen wird aus Ressourcengründen und zur Beschleunigung des Versands fortan verzichtet. Tipp: Nutzen Sie die Suchfunktion (Microsoft: STRG+F; Mac: Befehlstaste+F; mobil meist über Adressleiste) und geben Sie *mittelstand* ein, um schnell zu den wichtigsten Erwähnungen zu gelangen.

Fragen und Anregungen richten Sie bitte an struck@mit-bund.de, Tel: 030/220798-17

Autor: Bomke, Luisa
Seite: 007 bis 007

Nummer: 139
Auflage: 40.725 (gedruckt)¹ 127.280 (verkauft)¹
 140.186 (verbreitet)¹

Ressort: Politik
Mediengattung: Tageszeitung

Reichweite: 0,528 (in Mio.)²

¹ IVW 1/2022

² AGMA ma 2021 Tageszeitungen

ARBEITSMARKT

Fachkräfte schneller nach Deutschland holen

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag macht sich für Reformen beim Einwanderungsrecht stark.

Mehr als jedes zweite deutsche Unternehmen ist vom Fachkräftemangel betroffen. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) hervor. Daran hat auch das im März 2020 in Kraft getretene Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) nichts geändert. Deshalb hat der DIHK jetzt Reformvorschläge formuliert, um die Einwanderungsverfahren von Fach- und Arbeitskräften zu beschleunigen und zu vereinfachen.

Formal seien die bestehenden Regelungen „gut“, es müsse jedoch an der praktischen Umsetzung gearbeitet werden. „Die Komplexität überfordert die Behörden selbst, nicht nur die Unternehmen“, sagte der stellvertretende DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks bei der Vorstellung der Studie. Auch die Bundesregierung hat den Handlungsbedarf erkannt. Sie will das FEG noch in diesem Jahr überarbeiten. Arbeitsminister Hubertus Heil und Innenministerin Nancy Faeser haben die zentralen Änderungsvorschläge in einem Gastbeitrag für das Handelsblatt vorgestellt.

Einreise ohne Arbeitsvertrag

Das geplante zweite Migrationspaket sieht unter anderem vor, dass qualifizierte Fachkräfte mit Berufserfahrung eine Stelle in Deutschland annehmen können sollen, auch wenn ihr Berufsab-

schluss noch nicht formal anerkannt ist. Dies kann dann in Deutschland nachgeholt werden. Auch sollen Arbeitskräfte ohne konkreten Vertrag zur Jobsuche einreisen dürfen, wenn sie zuvor die Anerkennung ihres Abschlusses beantragt haben. Fachkräfte mit anerkanntem Abschluss sollen auch fachfremde Tätigkeiten annehmen dürfen. Dercks betonte, dass vor allem die Dauer der Genehmigungsverfahren eine große Hürde sei. Unterlagen würden rund um den Globus geschickt, die Beamten setzten die komplexen Regelungen nicht einheitlich um, und es seien zu viele Behörden am Genehmigungsverfahren beteiligt. Dercks zeigte sich überzeugt: „Solche Umsetzungsprobleme bekommen wir nicht allein mit einer Reform der Gesetzesparagrafen gelöst. Hier geht es zum einen um einen Kulturwandel in den Verwaltungen, aber auch um praktische Unterstützung.“ Bereits jetzt ist der Fachkräftemangel das zweithöchste Geschäftsrisiko für deutsche Unternehmen, wie die Studie belegt. „Aus dem Fachkräftemangel ist längst ein Arbeitskräftemangel geworden“, klagt Gitta Connemann, Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion.

Um den Genehmigungsstau zu lösen, schlägt der DIHK unter anderem Schulungen für Mitarbeitende der zuständigen Behörden im In- und Ausland vor. Auch könnten die Auslandshandelskam-

mern in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt dabei helfen, Visa-Unterlagen vorzubereiten. Eine weitere Hürde für viele ausländische Bewerber ist laut DIHK die Sprachbarriere. Deshalb spricht sich der Verband dafür aus, den Spracherwerb zu fördern und in ausgewählten Fällen die Anforderungen an das Sprachniveau zu senken. Denkbar wäre für den DIHK auch eine schnellere dauerhafte Aufenthaltserlaubnis. Neben dem Fachkräftemangel beunruhigt die Betriebe der Arbeitskräfte- und Auszubildendenmangel. Bereits 2021 gab es laut der Bundesagentur für Arbeit über 63.000 unbesetzte Ausbildungsplätze in Deutschland. Deshalb fordert der DIHK auch Reformen für die Einwanderung von Ausbildungsplatzsuchenden ohne Fachhochschulreife. Ein Lösungsvorschlag, um ausländische Schüler auf die deutsche Ausbildung vorzubereiten, wären Kooperationen mit ausländischen Schulen. Zwar mangle es an vergleichbaren Ausbildungssystemen im Ausland, doch könnte so die Eignung und Qualifikation der Bewerber sichergestellt werden. „Wer zu uns kommt und hier eine Ausbildung absolviert, hat danach gute Beschäftigungschancen“, rechtfertigte Dercks den Aufwand. Die Unternehmen seien bereit, die höheren Kosten zu tragen.

Wörter: 486

Urheberinformation: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2022: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

Autor: Ralf Neukirch/ Steffen Lüdke/ Giorgos Christides **Mediengattung:** Online News
Seite: 0 **Jahrgang:** 2022
Rubrik: Politik **Nummer:** 0
Weblink: <https://www.spiegel.de/politik/kampf-ums-gas-deutschland-setzt-auf-solidaritaet-a-6b3e4c69-40e4-4981-a191-31d4a32ec10f>

Kampf ums Gas

Deutschland setzt auf Solidarität – vor allem die der anderen

Die EU will ihre Mitglieder notfalls zum Gassparen zwingen – auch um den Deutschen zu helfen. Dabei nimmt es die Bundesregierung mit der Kameradschaftlichkeit selbst nicht immer so genau.

Die spanische Vize-Ministerpräsidentin Teresa Ribera wählte ihre Worte mit Bedacht. Denn sie sollte den Plan der EU-Kommission kommentieren, die die EU-Staaten zum Energiesparen anhalten will. Zur Not auch mit Zwang. Spanien lehne den Vorschlag der Kommission ab, sagte also Ribera:

Man habe, was die Energieversorgung betreffe, die eigenen Hausaufgaben gemacht.

Keinem Spanier werde im Winter das Gas ausgehen.

Im Gegensatz zu anderen Ländern habe Spanien nicht über seine Verhältnisse gelebt.

Nicht über die eigenen Verhältnisse gelebt, Hausaufgaben gemacht. Ribera wählte diese harten Formulierungen nicht zufällig. Sie sind ein Gruß in Richtung Deutschland.

Riberas Worte sind eine Anspielung auf das, was sich Spanien und andere südeuropäische Länder vor einigen Jahren in der Eurokrise anhören mussten. Damals schrieb die »Bild«-Zeitung, die »Pleite-Griechen« sollen doch ihre Inseln verkaufen.

Für die vier Mittelmeer-Staaten erfand man das Akronym »PIGS«. Sie hätten über ihre Verhältnisse gelebt und müssten nun »ihre Hausaufgaben machen«. Gemeinheiten sind nicht vergessen

In Spanien, das machte Ribera deutlich, ohne es auszusprechen, hat man die Gemeinheiten von damals bis heute nicht vergessen.

Das ist keine gute Voraussetzung für die Energiepläne der EU-Kommission. Sie sehen vor, dass die Mitgliedstaaten ihren Gasverbrauch zwischen dem 1. August 2022 und dem 31. März 2023 um 15 Prozent senken, falls Russland die Gaslieferungen einstellen sollte. Messlatte

soll der Durchschnittskonsum der vergangenen fünf Jahre im gleichen Zeitraum sein.

Im Notfall will die Kommission von den Mitgliedstaaten das Recht erhalten, Einsparungen anzuordnen, etwa bei einem schweren Versorgungsengpass oder wenn drei Länder sie dazu auffordern. Dem Vorschlag müssen die Energieminister, die am kommenden Dienstag tagen, mit qualifizierter Mehrheit zustimmen.

Einer der größten Profiteure wäre Deutschland. Denn nur wenige Länder sind so abhängig von russischem Gas, kein EU-Mitgliedstaat bezieht solche Mengen aus Russland.

In Berlin stößt das Vorhaben der Kommission daher auf große Zustimmung. »Europäische Solidarität ist in diesen Zeiten wichtiger denn je«, erklärte Wirtschaftsminister Robert Habeck.

Dabei nimmt es Deutschland mit der Solidarität selbst nicht immer so genau: So kauft Deutschland seit einigen Monaten so viel Gas wie möglich auf den Weltmärkten ein – und treibt damit die Preise in die Höhe.

Ein gemeinsamer europäischer Gaseinkauf, wie ihn eine Reihe von EU-Ländern fordern, ist bislang auch am deutschen Widerstand gescheitert. Energiekonzerne wie RWE und Großverbraucher in der Industrie fürchten, die EU könne ihnen zu wenig Gas zuteilen.

Auch Forderungen von Ländern wie Italien, Spanien, Griechenland und Portugal, Brüssel solle etwas gegen die hohen Energiepreise unternehmen, hat Bundeskanzler Olaf Scholz auf den vergangenen EU-Gipfeln zurückgewiesen. Die Haltung der Deutschen zur Atomkraft stößt ebenfalls vielen Partnern auf. Es gebe noch drei deutsche Atomkraft-

werke, sagte der französische Binnenmarktkommissar Thierry Breton.

»Anstatt zu beschließen, sie am Ende des Jahres abzuschalten, wie es in den Koalitionsvereinbarungen vorgesehen ist, kann man vielleicht sagen, dass man sie für ein oder zwei Jahre weiter betreibt, um dieses Problem zu lösen.« Diese Argumentation kommt auch in Deutschland an. »Wir wollen Atomstrom aus den Nachbarländern und mehr Gas aus den Niederlanden. Dann muss Deutschland auch selbst bereit sein, seinen Beitrag zu leisten«, sagte die Vorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Gitta Connemann. Ein Ausstieg zum Ende des Jahres wäre »ein nationaler Alleingang auf Kosten der EU«.

Der Eindruck, Deutschland fordere mehr Solidarität von anderen als es selbst zu geben bereit sei, betrifft auch andere Bereiche als die Energie. So wollte Deutschland mit Polen und Tschechien einen Ringtausch von Panzern für die Ukraine vereinbaren. Warschau und Prag sollten Kiew altes sowjetisches Gerät liefern und dafür von der Bundesregierung Leopard-2-Panzer erhalten.

Die Verbündeten warten bislang vergeblich

Das Problem ist: Die sowjetischen Panzer sind in der Ukraine angekommen. Auf deutsche Panzer warten die Verbündeten bislang vergeblich. »Deutschland sollte mehr von den Waffen liefern, die jetzt gebraucht werden«, kritisiert der tschechische Außenminister Jan Lipavský.

Habecks Forderung nach Solidarität wird daher nicht nur in Spanien kühl aufgenommen. Politiker der polnischen Regierungspartei haben schon vor der Vorlage des Kommissionsvorschlags

klar gemacht, dass sie wenig Grund für Hilfe an die Deutschen sehen, die trotz Warnungen jahrzehntelang auf russisches Gas gesetzt haben. Qualifizierte Mehrheit unwahrscheinlich Auch Portugal sei »vollkommen« gegen den Plan, machte Energieminister Joao Galamba am Donnerstag deutlich. Den Vorschlag nannte er »unverhältnismäßig und unhaltbar«, weil er die Unterschiede zwischen den Ländern nicht berücksichtige. Portugal bezieht gar kein Gas aus Russland. Die griechische Regierung glaubt eben-

falls, mit freiwilligen Maßnahmen durch den Winter zu kommen. »Wir brauchen keinen verbindlichen Mechanismus«, sagte eine Sprecherin des griechischen Energieministeriums dem SPIEGEL. Konsumenten zum Sparen zwingen, will man erst im absoluten Notfall – vermutlich auch, weil bald eine Parlamentswahl ansteht. Es spricht daher viel dafür, dass es für den Vorschlag der Kommission in der kommenden Woche keine qualifizierte Mehrheit unter den Mitgliedstaaten geben wird. EU-Diplomaten gehen

davon aus, dass es eine Einigung nur gibt, wenn die Pläne grundlegend überarbeitet werden. Selbst wenn Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sich am Ende durchsetzt, wäre wenig gewonnen. Sie könnte zwar Energiesparen anordnen. Aber wie sollte sie das durchsetzen, wenn ein Staat sich weigert? Solidarität in der EU kann man zwar einfordern, aber man kann sie nicht erzwingen.

Abbildung:	Wirtschaftsminister Habeck
Fotonachweis:	REUTERS
Abbildung:	Deutscher Leopard-2-Panzer
Fotonachweis:	IMAGO/Eibner
Abbildung:	EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen stellt ihren Plan zum Energiesparen vor
Fotonachweis:	IMAGO/Xinhua
Wörter:	862

Seite: 19
Ressort: GÄUBOTE / Lokales

Nummer: 168
Auflage: 9.686 (gedruckt)¹ 10.156 (verkauft)¹
 10.321 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,016 (in Mio.)²

Mediengattung: Tageszeitung

¹ IVW 1/2022

² AGMA ma 2021 Tageszeitungen

Offen die Kulturrevolution annehmen

Gültstein: Gitta Connemann, Botschafterin des Deutschen Brotes und Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), erkundigt sich bei Bäcker Jochen Baier über dessen Digitalisierungspläne.

Florian Lieb

In vielen kleineren Gemeinden wird Backwerk zur Mangelware. Vergangenes Jahr schloss die Bäckerei Seeger in Haslach, auch Kayh verlor mit „Wuschels Backstub“ im selben Jahr seine Quelle fürs Brot. Nachfolger und Personal fehlen oft, zum Fachkräftemangel kommt inzwischen die Inflation dazu. Mehl ist überproportional teuer, auch die Gas- und Energiekosten in der Produktion um bis zu 40 Prozent gestiegen. „Viele Bäcker können das nicht unmittelbar an ihre Kunden weitergeben – oder wollen das auch nicht“, weiß Gitta Connemann.

Die aus Ostfriesland stammende diesjährige Botschafterin des Deutschen Brotes und Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die für ihren niedersächsischen Wahlkreis im Bundestag sitzt, schaut im Backhaus von Jochen Baier, seines Zeichens unter anderem Weltbäcker von 2018, in Gültstein vorbei. Er gehört zu jenen Bäckern, die den Kunden die derzeitigen Preissteigerungen ersparen. Auch, da es im vergangenen Dezember erst eine Preiserhöhung gab, obschon damals in der Ukraine noch kein Krieg herrschte. Erneut die Preise anzuziehen, „das trauen wir uns nicht“, gesteht Baier. Mit Folgen für den Betrieb: „Teilweise zahlen wir auch drauf.“ Dabei ist die Getreidesituation eigentlich gut. Jochen Baier bezieht sein Produkt zu 100 Prozent aus der Region von Demeter-Biohöfen, zahlt dafür das Vierfache, was andere Bäcker für ihr Getreide ausgeben. Spart der Umwelt dadurch aber auch 600 Tonnen CO₂ im Jahr ein. „Uns interessiert es nicht, ob aus der Ukraine nichts kommt“, sagt er zur Getreideknappheit. Die im Grunde

keine ist, der Selbstversorgungsgrad in Deutschland liege bei 110 Prozent, ergänzt Gitta Connemann. Nur ist eben nicht alles für den Eigenbedarf und die Nachfrage regelt den Angebotspreis.

„Es werden nicht alle die Krise überstehen, aber diejenigen, die es schaffen, werden gestärkt aus ihr hervorgehen“, ist die Brotbotschafterin für die Bäckerbranche überzeugt. Sie sieht auch einen Trend, dass der Nischenbäcker zurückkommt. „Man muss seinen Weg finden“, meint Connemann, muss sich auf seine Kernkompetenz beschränken. Zwar definiert sich Deutschland über sein mannigfaltiges Brotangebot, diese Vielfalt gestalte sich in Zeiten des Fachkräftemangels aber immer schwieriger. Jochen Baier hält einen Rückbau des Angebots für erforderlich, um die Herausforderungen zu meistern. Statt 30 Broten zur Auswahl werden es dann vielleicht nur noch 20 sein. „Da wird mancher Kunde enttäuscht sein“, ist sich der Bäckermeister bewusst.

Kosteneinsparung über Ressourceneinsparung sei die Maßgabe. „Der Gewinn vom Unternehmen bleibt im Unternehmen“, betont Jochen Baier. „Ich fahre keinen Porsche.“ Wenn er 120 000 Euro ausgibt, dann nicht für einen Protzwagen in der Einfahrt, sondern für einen japanischen Teigportionierer, der die Arbeitsabläufe erleichtert. Ähnlich wie jene Teigpressmaschine in seiner Konditorei, die Kuchenteig passgenau in seine Form presst, so den Mitarbeitern das Ausrollen und Einpassen erspart. Digitalisierung wird dort implementiert, wo es das traditionelle Handwerk unterstützt. „Wir werden in Zukunft Künstliche Intelligenz einsetzen, damit wir weniger Retoure haben“, gibt Baier einen Ausblick. Die KI ermittelt den Absatz des

Vortags, setzt diesen in Verhältnisse, prognostiziert den Bedarf für den nächsten Tag, stellt das benötigte Rezept ins System. So soll vermieden werden, dass für die Katz produziert wird, am Ende des Tages zu viel Brot übrig bleibt.

Diesen modernen Ansatz findet Connemann ungewöhnlich – im positiven Sinn. „Digitalisierung wird im Handwerk kritisch gesehen“, hat sie festgestellt. „Es geht um Informationsfluss“, macht Jochen Baier klar. Nicht darum, dass Roboter nun anfangen, die Brötchen zu backen. Effizienz ist das Schlagwort, gerade in Zeiten, wo immer weniger Fachkräfte bereitstehen, Ressourcen gespart werden müssen, auch personell. Grundsätzlich werde Digitalisierung mit dem Abbau von Arbeitsplätzen verbunden, Gitta Connemann verbindet mit ihr aber Chancen, „eine Art Kulturrevolution“. „Damit“, weiß die Ostfriesin jedoch, „tun sich Traditionsbetriebe häufig schwer.“

Immer wieder schauen Politiker in Gültstein bei Baiers Backhaus rein, darunter 2017 der heutige Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir, als er selbst der Brotbotschafter war. Kostproben warten natürlich auch auf Gitta Connemann, beispielsweise vom Baier'schen Verkaufsschlager, dem genetzten Dinkellaib, hergestellt nach alter schwäbischer Art im Kessel gereift. „Das absolute Lieblingsbrot unserer Kunden“, erklärt Baier. Es ist, wie viele Brote im Sortiment, mit Sauerteig gebacken, statt mit Hefe. „Das“, erläutert Jochen Baier, „ist die Champions League des Backens.“

Digitalisierung

wird im Handwerk kritisch gesehen

Gitta Connemann

Abbildung: Jochen Baier erläutert der Brotschafterin Gitta Connemann die Hintergründe des Brotbackprozesses.
GB-Foto: Holom

Wörter: 679

Urheberinformation: Th. Körner Verlag

© 2022 PMG Presse-Monitor GmbH

Autor: Von Andreas Schnadwinkel
Ressort: /WN/Regiodesk WB/OWL**Mediengattung:** Tageszeitung
Auflage: 5.787 (gedruckt)¹ 4.896 (verkauft)¹
5.284 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,017 (in Mio.)²**Ausgabe:** Hauptausgabe¹ von PMG gewichtet 04/2022² von PMG gewichtet 07/2021

Sommerinterview: CDU-Bundestagsabgeordneter Christian Haase aus Beverungen über Energiekrise, Windkraft in OWL und Opposition

„Die Ampel ist wie eine Klette am Schuh“

-Von Andreas Schnadwinkel- **Bad Driburg** - Auftakt zu den Sommerinterviews mit den 15 Bundestagsabgeordneten aus Ostwestfalen-Lippe. Christian Haase (56) aus Beverungen im Kreis Höxter ist haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und Bundesvorsitzender der einflussreichen Kommunalpolitischen Vereinigung der Union.

Opposition ist Mist, oder?

Christian Haase: Ja, Opposition könnte schöner sein. Natürlich hat es eine Regierung in solchen Krisen nicht leicht, aber die richtigen Entscheidungen kann man nur in der Regierung treffen. Wir sind überzeugt, das bessere politische Angebot zu haben. Und das müssen wir auch ständig zeigen und so aufgestellt sein, dass wir morgen die Regierung übernehmen könnten. Das ist ein Qualitätsanspruch an uns selbst, auf den wir in der gesamten Unionsfraktion bestehen müssen. Vereinzelt Beispiele für Totalopposition teile ich ausdrücklich nicht. Wer von uns Forderungen stellt, muss dafür auch die Finanzierung mitliefern. Wenn wir nach diesen Maßstäben handeln, sind wir für die nächsten Wahlen gut aufgestellt. Denn wir haben keine Lust, noch länger als die nächsten drei Jahre Opposition zu sein.

Gehen Sie davon aus, dass die Ampel-Koalition trotz des Fehlstarts und der politischen Spannungen bis 2025 durchhält?

Haase: Ja. Das ist wie die Klette am Schuh, wenn ich durch den Wald laufe. Die werde ich auch nicht los, bis ich zuhause bin. So klammern sich SPD, Grüne und FDP an diese Regierung. Die FDP wäre zu einer Jamaika-Koalition mit Union und Grünen sicher schnell bereit, weil sie ordnungspolitisch untergeht. Bei Neuwahlen müsste die FDP allerdings mit einem schlechten Ergebnis rechnen. Dagegen hätten die Grünen eher Interesse an Neuwahlen, um ihre Umfragewerte in Mandate umzusetzen –

aber auch nur dann, wenn es eine Chance aufs Kanzleramt gäbe. Insofern gibt es gute Gründe dafür, dass die Ampel-Regierung bis zum Schluss zusammenbleibt. Dazu trägt auch Kanzler Olaf Scholz bei, der sehr gut darin ist, sich im Hintergrund zu halten und nicht aufzufallen.

Wie glaubwürdig ist die CDU als Oppositionspartei im Bundestag, wenn im schwarz-grünen Koalitionsvertrag in Nordrhein-Westfalen mehr Grün als Schwarz steht?

Haase: In Teilen ist er grün, aber das wird durch die Medien verstärkt. Wir sind im Koalitionsvertrag in NRW nicht bei 80:20, sondern eher bei 60:40. Für einen konservativen Ostwestfalen wie mich sind da einige grüne Kröten versteckt, da warte ich jetzt das Regierungshandeln ab. Die Wahlen zeigen, dass viele Bürger Schwarz-Grün wollen. Deswegen halte ich es für gut, dass es diese Koalitionen in NRW und Schleswig-Holstein gibt. Es kann miteinander gehen, und die tiefen Gräben von einst kann man zuschütten. Aber es darf nicht so sein, dass die Erde nur auf die Seite der CDU fällt.

Ist Opposition auch schwierig, weil die Union bis vor neun Monaten 16 Jahre lang die Bundesregierung angeführt hat und mitverantwortlich ist für die Lage?

Haase: Es hat im vergangenen halben Jahr so viele Entwicklungen gegeben, die Angela Merkel nicht zu verantworten hat. Insofern ist dieses Argument schnell erledigt, auch wenn die Regierung das wie ein Mantra vor sich herträgt. Wir hatten stets ausgeglichene Haushalte und hätten das auch weiterhin geschafft. SPD und Grüne wollen die Schuldenbremse nicht, weil sie Ausgaben nicht priorisieren können.

Manche Konservative in der CDU haben sich inhaltlich mehr von Friedrich Merz versprochen. Und auch erwartet, dass ein CDU-Ministerpräsi-

dent wie Daniel Günther in Schleswig-Holstein mit der FDP regiert, wenn er die Wahl zwischen FDP und Grünen hat. Ist der Einfluss des CDU-Chefs so gering, oder will er diesen Einfluss gar nicht ausüben?

Haase: Ich denke, dass Friedrich Merz das nicht will, und ich finde es gut, dass wir verschiedene Regierungskonstellationen können. In der Regel finden wir mit der FDP immer am ehesten zueinander, merken aber auch da zunehmend Dissens in gesellschaftspolitischen Fragen. Wenn man Volkspartei bleiben will, muss man beides können. Und Friedrich Merz legt das in der CDU sehr gut an: Er kann konservativ und progressiv.

In der CDU wird intensiv über die Einführung einer Frauenquote diskutiert. Ein Kompromissvorschlag sieht als Einstieg eine 30-Prozent-Quote und eine zeitliche Befristung vor. Die Junge Union und die Mittelstandsvereinigung wollen beim Bundesparteitag am 9. September in Hannover die Quote ganz verhindern. Wie stehen Sie dazu?

Haase: Ich kann die Aktion von Junger Union und Mittelstandsvereinigung nicht unterstützen. Wir hatten eine Satzungs- und Strukturkommission unter Beteiligung von JU und MIT, und diese Kommission hat genau diesen Kompromissvorschlag gemacht. Wenn ich mich nach monatelangen Sitzungen zu einem Vorschlag durchringe, um ihn dann anschließend von außen zu torpedieren, dann ist das keine Art und Weise, die ich in der CDU haben will. Dann hätten JU und MIT dem Kompromiss in der Kommission nicht zustimmen dürfen.

Und Ihre Einstellung zur Frauenquote?

Haase: Gute Frauen setzen sich durch, dafür gibt es in der CDU sehr viele Beispiele. Wir haben starken Frauen, die in ihrer politischen Laufbahn oft auch von Männern unterstützt werden. Insofern

bräuchten wir die Quote nicht, aber ich stehe zu dem gemeinsam gefundenen Kompromiss.

Minden-Lübbeckes CDU-Landrätin Anna Katharina Bölling übernimmt die Bezirksregierung Detmold. Warum ist Ihnen diese Personalie so wichtig?

Haase: Die Bezirksregierung ist der verlängerte Arm der Landesregierung. Letztlich sitzt die Regierungspräsidentin ziemlich oft in der Staatskanzlei. Dabei geht es nicht um die großen politischen Dinge, die in Detmold für OWL geregelt werden, sondern um die alltäglichen Dinge wie Straßenbau und Windkraft. Für uns als CDU in der Region ist es wichtig, dass die Person, die für die Planfeststellungsverfahren verantwortlich ist, strukturell so denkt wie wir. In der Position geht es auch darum, zwischen den Wünschen aus Düsseldorf und den Anliegen der Kreise einen Ausgleich zu finden. Frau Bölling ist ideal für die Aufgabe, weil sie parteipolitisch nicht einseitig fixiert ist und neutral agieren kann.

Die CDU in OWL hat eine grün geführte Bezirksregierung Detmold verhindert. Welche Sorge wäre da größer gewesen: die vor dem Windkraftausbau oder die vor einem Nationalpark?

Haase: Beides. Im Koalitionsvertrag hat die Windkraft eine grüne Handschrift. Deswegen hätte die Gefahr bestanden, dass die Grünen aus Düsseldorf über eine grüne Bezirksregierung Detmold beim Windkraftausbau durchregiert hätten. Denn nun haben wir die Planung und Genehmigung auf Bezirksebene, und dann hätten die Kommunen bei einer grünen Bezirksregierung kaum mitreden können. Die Kommunen wollen nicht blockieren, sie wollen Maß und Mitte beim Windkraftausbau gewahrt wissen. Das wäre bei einer ideologischen grünen Besetzung der Bezirksregierung schwierig gewesen. Da sprechen wir in OWL aus Erfahrung.

NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst sagt: Lieber je 50 neue Windräder an drei Stellen als je drei neue Windräder an 50 Stellen. Sind Sie auch für die Kon-

zentrationenflächen?

Haase: Wenn ich sehe, was auf der Paderborner Hochebene und teilweise im Kreis Höxter passiert, dann würde ich Hendrik Wüst gerne einmal mitnehmen und ihm zeigen, was seine Politik in der Konsequenz bedeutet. Wenn er Sorge hat, dass an vielen Stellen Kritik aufkommt, dann würde ich mich eher fragen, ob die Politik richtig ist. Die Leute haben verstanden, dass wir bei den erneuerbaren Energien viel tun müssen, aber wir müssen das Übermaß verhindern.

Wärmepumpen und Elektroautos lassen den Strombedarf steigen. Sollten die drei noch laufenden Atomkraftwerke über das Jahresende hinaus weiterlaufen? Und sollten die erst vor einem halben Jahr abgeschalteten AKW wieder ans Netz gehen?

Haase: Ich bin in Beverungen mit Kernkraft groß geworden und weiß, dass das sicher betrieben werden kann. Unsere Anlagen können im Gegensatz zu manchen in den Nachbarländern sicher laufen und sicher weiterlaufen. Insofern wäre ich dafür, die AKW vorerst für ein oder zwei Jahre weiter zu betreiben. Über diese Hürde muss die Ampel-Koalition jetzt springen, weil die Einschränkungen für die Menschen zu groß wären und der Wirtschaft eine rezessive Phase droht. Das scheitert an der Ideologie der Grünen, die Parteipolitik vor das Wohl des Volkes stellen.

Wäre eine Frist für den Weiterbetrieb der AKW sinnvoll angesichts des steigenden Strombedarfs, den die erneuerbaren Energien auf absehbare Zeit nicht werden decken können?

Haase: Ich glaube weder an die Ausbauziele bei E-Autos noch an die Ausbauziele bei Wärmepumpen, weil wir die Ladeinfrastruktur nicht aufbauen können, wir gar nicht so viele Geräte herstellen können und die Fachkräfte dafür gar nicht da sind. Ganz unabhängig von diesen Faktoren wird unser Energiebedarf steigen. Den Anteil an der Stromerzeugung werden wir zum großen Teil durch erneuerbare Energien

herstellen können. Aber das ist ja bei weitem nicht der gesamte Energiebedarf, das sind 10 bis 20 Prozent. Das heißt: Wir müssen uns in Sachen Energie breiter aufstellen. Deutschland nimmt da in Europa eine isolierte Position ein. Ich hoffe, dass die Energiekrise wieder zu mehr Sachlichkeit in der Politik führt.

Nehmen Sie den Grünen ab, dass sie den fossilen Energieträger Gas besorgen wollen?

Haase: Ich nehme Herrn Habeck ab, dass er es versucht. Aber er suggeriert mehr, als er kann. Er hat in Katar einen Diener gemacht, aber keine Verträge mitgebracht und bis heute keinen abgeschlossen. Wenn ich dagegen sehe, dass Österreich ohne großen Zirkus Verträge mit Katar macht, dann weiß ich nicht, wie ehrlich Herr Habeck in dieser Sache agiert. Ich befürchte, dass sein Kartenhaus bei der Energieversorgung im Winter zusammenbrechen könnte, weil er weniger weit ist, als er zu sein vorgibt. Doch das wünsche ich den Menschen und der Wirtschaft in Deutschland ausdrücklich nicht.

Ist die Ampel-Koalition eine Bundesregierung von westdeutschen Großstädtern für westdeutsche Großstädter?

Haase: Ja.

Ist die CDU die einzige Partei, die den Osten des Landes auf Bundesebene repräsentieren kann?

Haase: Nach den jahrelangen Wahlerfolgen im Osten haben wir das für selbstverständlich gehalten. Doch auch wir müssen dafür kämpfen. Der größte politische Gegner ist nicht die SPD auch nicht mehr die Linke. Im Osten ist die AfD der wahre Gegner. Das ist Herausforderung und Verantwortung gleichermaßen. Und die Kollegen berichten mir, dass es im Osten unter der Oberfläche brodelt. Viele Leute fühlen sich in diesem Deutschland nicht ausreichend wahrgenommen und verstanden. Als CDU ist es unsere Aufgabe, diese Situation anzunehmen und zu verbessern.

»«

Abbildung: Treffpunkt Bad Driburg: Christian Haase hat am Leonardo-Brunnen Platz genommen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete aus Beverungen (Kreis Höxter) hat
Fotograf: Frank Spiegel
Wörter: 1619

Autor: WB
Ressort: /WN/Regiodesk WB/OWL

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 5.787 (gedruckt) ¹ 4.896 (verkauft) ¹
5.284 (verbreitet) ¹

Ausgabe: Hauptausgabe

Reichweite: 0,017 (in Mio.) ²

¹ von PMG gewichtet 04/2022

² von PMG gewichtet 07/2021

Widerspruch zu Interview

-WB- **Höxter** - Anlässlich des Sommerinterviews mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Christian Haase aus Beverungen (Kreis Höxter) hat Klaus-Dieter Leßmann, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung (MIT) der Union im Kreis Höxter, auf einen Fehler in der

Darstellung hingewiesen. „Die Vertreter von MIT und Junger Union haben in der Struktur- und Satzungskommission der CDU der Frauenquote nicht zugestimmt, sondern den Quotenvorschlag abgelehnt und am Ende auch deshalb dem gesamten Papier nicht

zugestimmt“, so Leßmann. Auch gebe es Beschlüsse des MIT-Bundesvorstands, die sich gegen parteiinterne Quoten aussprechen.

Wörter: 81

Seite: 9

Auflage: 13.137 (gedruckt)¹ 17.441 (verkauft)¹
17.922 (verbreitet)¹

Ressort: kreis emsland

Reichweite: 0,020 (in Mio.)²

Mediengattung: Tageszeitung

¹ IVW 1/2022² AGMA ma 2021 Tageszeitungen

Die Zeche zahlt der Autofahrer

Meppener Experte deckt auf / Mineralölkonzerne zocken die Kunden im Emsland an Zapfsäule ab

Hermann-Josef Mammes

Die Mineralölkonzerne spielen ein böses Spiel mit den Kunden auch im Emsland. Sobald der Rohölpreis steigt, müssen die Verbraucher an den Tankstellen sofort mehr zahlen. Sinkt aber der Rohölpreis, halten es die Konzerne zum Leidwesen der Autofahrer sehr lasch und langsam. Die seit Monaten gestiegenen Preise für Benzin und Diesel treiben besonders in den Flächenlandkreisen Emsland und Grafschaft Bentheim vielen Menschen Sorgenfalten auf die Stirn. Anders als in größeren Städten ist man hier auf das Auto angewiesen – sei es auf dem Weg zur Arbeit oder beim Einkaufen.

„Mehr Transparenz bei den Benzinpreisen“

Der Meppener Bürger Günter Reisner beobachtet die Preisspirale der Mineralölkonzerne seit Jahren besonders sehr genau. Für ihn steht schon lange fest: „Die Benzinpreise variieren unabhängig von den Rohölpreisen zulasten der Verbraucher und zugunsten großer Unternehmen.“

Dabei weiß Reisner nur zu gut, wovon er spricht: Er führt seit 2002 täglich eine Statistik über die Entwicklung der Roh-

stoffpreise, in der er die Preise von Rohöl und Kraftstoff, jeweils ohne Steueranteil, ins Verhältnis setzt.

Reisner informiert den CDU-Bundestagsabgeordneten Albert Stegemann über die Ungerechtigkeiten. Dieser berichtet in einer Pressemitteilung von vielen Anfragen aus seinem Wahlkreis zu diesem Thema: „Fleißige Arbeitnehmer machen sich große Sorgen.“ Gestiegene Preise an der Tankstelle und ein heftiger Anstieg der Energiepreise münden nach seiner Einschätzung in einer Inflation. Der CDU-Politiker sagt: „Menschen im Emsland streichen ihren dringend benötigten Sommerurlaub aus Sorge vor weiteren Preissteigerungen.“ Gemeinsam schreiben Reisner und Stegemann an das Bundeswirtschaftsministerium. In einem Antwortschreiben bestätigt der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Sven Giegold (Bündnis 90/Die Grünen), die Beobachtungen des Meppener Rentners. Der Benzinpreis habe sich zulasten der Verbraucher vom Rohölpreis entkoppelt.

Das heißt konkret: Wenn der Preis für Rohöl steigt, wird das Benzin teurer.

Wenn der Rohstoffpreis allerdings sinkt, wird der günstigere Preis nur zum Teil an die Verbraucher weitergegeben.

Reisner schaut jeden Tag auf die Preise und rechnet vor: „Super 95 war im Durchschnitt des Monats Juni 2022 um 23,3 Cent und Dieselmotorkraftstoff um 19,9 Cent überteuert.“ Die Quittung dieser Mogelpackung zahlen die Verbraucher an der Zapfsäule.

Auf diesem Weg flossen in die Kassen der Mineralölkonzerne nach seinen Berechnungen allein im Juni 2022 in Deutschland zusätzlich über eine Milliarde Euro.“

Günter Reisner, der zehn Jahre im Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) und der dortigen Energiekommission aktiv war, stellt das Antwortschreiben aus dem Bundeswirtschaftsministerium nicht zufrieden. Gemeinsam mit Stegemann fordert er vor allem konkrete Lösungsmöglichkeiten.

Auch Stegemann sagt: „Ein erster Schritt könnte sein, Preistransparenz herzustellen.“

Wörter: 412

Seite: 4
Ressort: Politik
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 22.961 (gedruckt)¹ 22.957 (verkauft)¹
23.923 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,105 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 04/2022

² von PMG gewichtet 07/2021

Union: Arbeitnehmer rücken zusammen

München/Berlin – Die Arbeitnehmer-Vereinigungen in CDU und CSU wollen enger zusammenarbeiten. CDA und CSA hätten auf einer gemeinsamen Vorstandssitzung Anfang Juli beschlossen, sich dazu künftig einmal jährlich in diesem Rahmen zu treffen, sagte CSA-Chef Volker Ullrich. Informationen unserer Zeitung, dass darüber hinaus eine Fusion der beiden Gruppierungen geplant sei, wollte

Ullrich hingegen nicht bestätigen. „Ob wir eins werden, steht aus“, sagte er auf Nachfrage. Allerdings habe man die Beobachtung gemacht, dass sich der Arbeitnehmerflügel in der Union über Parteigrenzen hinweg stärker vernetzen und enger abstimmen müsse.

Grundsätzlich achtet gerade die CSU sehr auf die Eigenständigkeit gegenüber der CDU, um nicht als 16. Landesver-

band auf einer Ebene mit Bremen oder dem Saarland zu landen. Auf der Wirtschaftsseite hat sich die Mittelstands-Union der CSU allerdings als bayerischer Landesverband der gemeinsamen Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) angeschlossen. Auch der Parteinauwuchs in der Jungen Union versammelt sich unter einem gemeinsamen Dachverband.

Abbildung: Volker Ullrich CSA-Vorsitzender
Wörter: 149
Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © Münchner Zeitungsverlag

Seite: 32
Ressort: Wi Ge
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 20.558 (gedruckt) ¹ 19.445 (verkauft) ¹
 19.727 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,077 (in Mio.) ²

¹ von PMG gewichtet 04/2022

² von PMG gewichtet 07/2021

Starke Stimme für den Mittelstand

Bei Wirtschaftsempfang von MU und Wifo Finger in die Wunden gelegt

Von Eva Lagler

Bad Aibling – Mut und Zusammenhalt waren die Schlagworte beim Wirtschaftsempfang „Jetzt für den Mittelstand“ der Mittelstandsunion Oberbayern (MU) und des Wirtschafts-Forums Mangfalltal im Kurhaus Bad Aibling. In leidenschaftlichen Plädoyers für die kleinen und mittelständischen Betriebe als Rückgrat der deutschen Wirtschaft legten die Redner vor rund 100 Unternehmern aus Oberbayern und der Region den Finger in Wunden. Wunden, geschlagen unter anderem von Rekordinflation, Gasmangellage, Versorgungsengpässen bei wichtigen Gütern, Arbeitskräftemangel, Folgen der Pandemie und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.

„Die Lage ist dramatisch“

Es herrsche keine Panik, aber die Lage sei dramatisch, verdeutlichte MU-Bezirksvorsitzender Dr. Thomas Geppert und beschwor den Zusammenhalt in schwierigen Zeiten: „Wir müssen jetzt handeln und Synergien schaffen.“ Jetzt sei nicht die Zeit für Ideologien, durch die das Wohl des Landes aufs Spiel gesetzt werde. Er forderte Respekt und Achtung für Unternehmen, eine Reform der Wochenarbeitszeit und vor allem ein Klima, das Lust auf Unternehmertum schafft.

Die Wirtschaft zu „stimulieren anstatt kaputt zu machen“ ist laut Wifo-Vorsitzendem Roland Bräger das Gebot der

Stunde. Die Betriebe seien „gesetzlich völlig überreguliert“, betonte er mit Blick auf Zensus, Datenschutz, Arbeitskostenerhöhung, Prüfung des Mindestlohns. Und auch die Mitarbeiter müssten von dem leben können, was sie mit ihrer eigenen Hände Arbeit schaffen, ging er unter anderem auf die Wohnraumproblematik ein.

Diese Themen griff auch die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann auf und verhehlte dabei nicht Fehler, die die Union in der Regierung gemacht habe. Doch nun müsse man überlegen, wie man gemeinsam zu dem nationalen Kraftakt kommen könne, um die aktuelle Mangellage in den Griff zu bekommen. Dabei dürfe es keine Denkverbote geben, vor allem auch, was die Energieversorgung angehe. Ihrer Meinung nach ist es sogar möglich, die Inflation zu brechen und auch den Mittelstand zu entlasten: „Stromsteuer runter, Einkommensteuertarif anpassen, Erleichterung bei der Pendlerpauschale.“

Dem Fach- und Arbeitskräftemangel müsse man mit Leistungsanreizen entgegenwirken. „Das Leistungsprinzip muss erhalten bleiben. Es kann nicht angehen, dass Leistungsträger bestraft und Drückeberger, die eigentlich arbeiten könnten, durch Aussetzung der Hartz IV-Sanktionen belohnt werden.“

Nach ihrem flammenden Appell „Seien Sie mit uns laut, bitte“ wurde in zahlreichen Beiträgen auch deutlich, wo die Mittelständler der Schuh drückt. Etwa

bei der Lohn-Preis-Spirale („zu brechen durch Anpassung der Einkommensteuer“), Abschaffung von Verbrennermotoren („nicht nur ideologisch denken“) oder die Abhängigkeit von China. „Sie müssen sich als Unternehmer diversifizieren. Es wird eine Blockbildung bleiben in der Welt. Aber eine neue“, so Connemann. Sie ist überzeugt, dass das Hauptthema in Zukunft die Ressourcen seien.

Ruf nach

flexibleren Systemen

Was die in der Runde kritisierten Hinzuverdienstgrenzen bei Senioren angeht, die nach Erreichen der Regelarbeitszeit noch weiterarbeiten wollen, so müsse man hier auf die Biografien achten und dem Einzelnen gerecht werden: „Wir brauchen flexiblere Systeme.“ Der Anmerkung von Kurdirektor Thomas Jahn, dass die Digitalisierung im Land eine der größten offenen Flanken sei („von Bad Aibling nach München telefonieren zu können ohne Abriss wäre sehr nett“), stimmte Connemann zu. „Hier gibt es einen Nachholbedarf im Breitbandausbau.“ Es fehlten sowohl Kompetenzen als auch Leute zum Verbauen.

Weitere Themen waren Probleme von Startup-Unternehmern, mit der Regierung in Kontakt zu kommen, die Abwerbung von in den Unternehmen ausgebildeten Kräften durch die Industrie oder auch die ausufernde Bürokratie.

Abbildung:

Kerstin Schreyer, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung im bayerischen Landtag, im Gespräch mit (von links) dem Bad Aiblinger Berufsschuldirektor Jürgen Ersing, Sparkassen-Vorstandsmitglied Stephan Donderer und Landrat Otto Lederer. Hadersbeck

Abbildung:

„Mit Mut und Zusammenhalt aus der Krise“: Gitta Connemann, MIT-Bundesvorsitzende, bei ihrem Plädoyer für den Mittelstand.

Abbildung:

Mittelstands-Union-Bezirksvorsitzender Dr. Thomas Geppert: „Der Mittelstand kommt gerade ins Schwitzen. Aber wir bleiben optimistisch.“

Wörter:

589

Urheberinformation:

(c) 2020 Oberbayerisches Volksblatt

Erfolgreichste Tweets

MIT Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT)  @MIT_bund · 20. Juli ...
„Aus dem Fachkräftemangel ist längst ein Arbeitskräftemangel geworden.“
[@gitta_connemann](#)

MIT fordert: Für [#DualeAusbildung](#) muss verstärkt geworben werden. Das [#Fachkräfteeinwanderungsgesetz](#) muss effektiv umgesetzt werden.

Zur Pressemeldung 
mit-bund.de/content/mit-fu...



Gitta Connemann und 2 weitere Personen

 11

 11

 52



2.628 Impressions

Erfolgreichste Facebook-Beiträge



Mittelstands- und Wirtschaftsunion ✓
Gepostet · 20. Juli um 15:41 · 🌐

„Aus dem Fachkräftemangel ist längst ein Arbeitskräftemangel geworden. Alle Ressourcen müssen genutzt werden – im In- und Ausland. Ohne Denkverbote,“ sagt MIT-Bundesvorsitzende [Gitta Connemann](#).

Es müsse mehr für die Duale Ausbildung geworben werden. Connemann: „Es muss in Schulen verpflichtend sein, eine Praxiswoche in Handwerks- und Industriebetrieben durchzuführen, um die Schülerinnen und Schüler für diesen Teil der Berufswelt zu begeistern. Deutschland braucht nicht nur Master sondern auch Meister.“

Außerdem setzt sich die MIT für mehr gesteuerte Zuwanderung aus dem Ausland ein. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz seien 2020 zwar die richtigen Weichen gestellt worden. MIT-Chefin Connemann sieht die Regierung in der Pflicht: „Die Ampel muss hier behördliche Verfahren beschleunigen, Gleichwertigkeits-Vorschriften praktikabler gestalten, den Spracherwerb im Ausland unterstützen und somit für praxistaugliche Handhabung vor Ort sorgen.“

Zur Pressemeldung 📌
<https://www.mit-bund.de/.../mit-fuer-mobilisierung-aller...>

[#arbeitskräfte](#) [#fachkräfte](#) [#arbeitskräftemangel](#) [#fachkräftemangel](#) [#ausbildung](#)
[#dualeausbildung](#) [#fachkräfteeinwanderungsgesetz](#) [#gitta](#) [#connemann](#) [#bundesvorsitzende](#)
[#wirtschaft](#) [#mittelstand](#) [#mittelstandsundwirtschaftsunion](#) [#mit](#) [#mitbund](#) [#politik](#)



2.598 Erreichte Personen 236 Interaktionen

👍 61 21 Kommentare 15 Mal geteilt

Letzte 7 Tage ▾

18. Juli - 24. Juli

Insights-Überblick

Du hast **+26%** mehr Konten erreicht als im Zeitraum 11. Juli - 17. Juli

Erreichte Konten	813 +26%	>
Konten, die interagiert haben	92 -32,9%	>
Total followers	700 +1,7%	>